

Nun möchte ich noch etwas aus eigener Erfahrung berichten. Wenn Sie, Kollege Witzel, an den Arbeitsgemeinschaften der Bildungskonferenzen weiterhin teilgenommen und Ministeriumsbeschäftigten bei einem Kaffee gesprochen hätten, dann wüssten Sie: Mit dem Regierungswechsel hat es sich schlagartig in diesem Ministerium geändert. Hier macht man sich nicht mehr verdächtig, wenn man zu zweit auf dem Flur steht und Gespräche führt, sondern es herrscht eine offene Atmosphäre. Und wenn diese Aussagen selbst von CDU-Mitgliedern im Ministerium kommen, dann wird es eigentlich Zeit, darüber nachzudenken, was in Ihren fünf Regierungsjahren gerade in diesem Ministerium falsch gemacht worden ist.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dieser Zeitpunkt des Nachdenkens müsste langsam kommen. Ich hoffe, dass dies bei Ihnen Nachdenkungsprozesse einleitet.

Fazit: Diese Aktuelle Stunde demonstriert die gigantische Hilflosigkeit, die bei Ihnen ob Ihrer bildungspolitischen Position herrscht; das ist schon unbeschreiblich. Deswegen ist es schade um die Zeit.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ich hoffe, dass es bei dem einen oder anderen Kollegen in der Fraktion der CDU zu einem Prozess des Nachdenkens gekommen ist. Der ehemalige Minister und jetzige Fraktionsvorsitzende Laumann hat sich am Anfang echauffiert.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Ihre Redezeit ist vorüber, Herr Kollege.

**Wolfgang Große Brömer (SPD):** Er hat offensichtlich schon eingesehen, dass es sich nicht lohnt, der Aktuellen Stunde der eigenen Fraktion beizuwohnen. Recht hat er. Wir sollten jetzt Schluss machen. Es hat sich für Sie nicht gelohnt.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Beifall von Gunhild Böth [LINKE])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Große Brömer. – Für die Landesregierung spricht noch einmal die Ministerin.

**Sylvia Löhrmann,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Präsidentin! Ich will Folgendes sehr deutlich machen, damit die Sache völlig klar ist – das richte ich nicht an die antragstellenden Fraktionen, denn bei dieser scheinen Wiederholungen nicht zu helfen –: Aufgrund der Aktuellen Stunde und aufgrund einer Kleinen Anfrage zu diesem Thema habe ich mir natürlich von den Behörden berichten lassen.

Ich lese vor, was mir die Schulaufsicht zu den bis dato bekannten Fällen berichtet hat. Nur das kann ich hier wiedergeben. So heißt es von der Bezirksregierung Arnsberg: Nach Rücksprache mit der Unteren Schulaufsicht und mit Schulleitern der betroffenen Regionen ist auszuschließen, dass Schulleiterinnen und Schulleitern der Hauptschulen im Regierungsbezirk Arnsberg auch nur annähernd in irgendeiner Weise ein Maulkorb bezüglich ihrer Äußerungen zur Gemeinschaftsschule verhängt wurde.

Das ist eine der entsprechenden Aussagen. Von dieser Art gibt es mehrere zu den unterschiedlichen Sachverhalten.

Ich möchte alle Beteiligten, auch die Lehrerverbände, bitten, dass mir weitere Fälle, die mir bis dato nicht bekannt sind, zugeleitet werden, wenn sie ihnen bekannt werden. Dies kann vertraulich unter Wahrung des Datenschutzes geschehen. Natürlich gehe ich allen Fällen nach, die mir bekannt werden, und versuche, diese aufzuklären,

(Ralf Witzel [FDP]: Wie helfen Sie denn den Betroffenen? – Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

weil mir daran gelegen ist, dass im offenen Diskurs – an welcher Stelle auch immer – in Nordrhein-Westfalen über die Schulpolitik dieser Landesregierung diskutiert wird.

(Beifall von Norbert Römer [SPD] – Ralf Witzel [FDP]: Wie helfen Sie den Betroffenen? – Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Da haben wir nämlich gar nichts zu verstecken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Klaus Kaiser [CDU] – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir im Rahmen der **Aktuellen Stunde** nicht vor, sodass ich Tagesordnungspunkt 1 **schließe**.

Ich rufe auf:

## 2 Unkonventionelle Erdgasvorkommen: Grundwasser schützen – Sorgen der Bürger ernst nehmen – Bergrecht ändern

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1190

Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1237

Ich weise darauf hin, dass wir am Ende der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt keine direkte Abstimmung vornehmen, sondern über eine Überweisung zu entscheiden haben.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Wüst das Wort.

**Hendrik Wüst** (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute sprechen wir zum ersten Mal über dieses Thema; das wird aber sicherlich nicht das letzte Mal sein. Allein das ist schon ein Erfolg für die Menschen im Münsterland, denn bisher haben sich nur Behörden mit dem Thema befasst, nicht aber die Politik.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie vielleicht!)

Dass dieses Behörden-Pingpong jetzt ein Ende hat, ist richtig. Die bisherige Befassung politischer Akteure hat sich auf die üblichen oberflächlichen Besuche der Empörungsspezialisten beschränkt. Genau aus diesem Grund haben wir für diesen Antrag eine Plenardebatte erzwungen.

Mitglieder der Regierungsfractionen sind vor Ort tapfer dagegen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Sie melden sich schon. – Der Wirtschaftsminister hat eine Erklärung, eine Einordnung in das Thema verlesen. Das war auch für den Wirtschaftsausschuss neu. Danach gab es widersprüchliche Presse über die Äußerungen von Ihnen und dem Staatssekretär. Warum das der Fall war, können Sie gleich erklären.

Jetzt müssen wir ein bisschen Klarheit in diese Sache bekommen. Man darf nicht vor Ort anders als später in Düsseldorf reden. Deswegen ist es gut, dass wir jetzt eine Befassung durch die Regierung und die sie tragenden Fraktionen erzwungen haben.

Ich habe den Eindruck, dass Sie noch nicht so weit gewesen sind.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie sind spät dran!)

Vielleicht gab es auch Zoff zwischen Rot und Grün; das weiß ich nicht. Ich will nicht aus vertraulichen Telefonaten berichten. Aber dass sie überhaupt zwischen Mitgliedern der Regierungsfractionen und mir stattgefunden haben, zeigt, dass wir Sie auf dem falschen Fuß erwischt haben.

Worum geht es in der Sache? Unkonventionelle Gasförderung, also in Gesteinsschichten bzw. in Steinkohle gebundenes Gas im Münsterland zu fördern, ist zwar in Nordrhein-Westfalen, aber nicht weltweit neu. Aber bei den derzeitigen Preisen und durch die fortschreitende Entwicklung der Fördermethoden scheint sich dieses Vorgehen jetzt zu lohnen. Weil das neu ist, darf sich nicht nur die Verwaltung, sondern muss sich auch die Politik damit befassen. Dazu ist eine Bewertung nötig.

Gestatten Sie einige Worte zur Verwaltung. Ein Bürgermeister aus der Region hat bei der zuständigen Bezirksregierung Informationen erbeten, damit er sich schlaumachen konnte, weil das für ihn auch neu war. Er bekam eine E-Mail mit Informationen des vor Ort tätigen Unternehmens als Antwort. Das hat nicht für Vertrauen gesorgt. Der Bürgermeister benötigte neutrale Informationen, um sich ein ausgewogenes Bild zu machen. Das war nicht in Ordnung. An der Fachkompetenz der Mitarbeiter in bergrechtlichen Fragen will ich grundsätzlich nicht zweifeln; die machen das alles lange genug.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Ich will auch nicht die Redlichkeit thematisieren. Das steht mir nicht zu. Da habe ich keinen Argwohn. Aber das Fingerspitzengefühl hat mindestens gefehlt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das gerade von Ihnen!)

Vielleicht mangelt es in dieser speziellen Frage auch an Erfahrung. Vielleicht war man von der kritischen Sicht überrascht.

Wenn es dort aber an Erfahrung, Manpower, Kompetenzen, Expertise fehlt, erwarte ich von der Landesregierung, dass Abhilfe geschaffen wird, sodass man sich mit diesem neuen Thema kompetent befassen kann.

Zweitens. Man konnte in den Zeitungen lesen, dass man bei der zuständigen Bezirksregierung Arnberg eine Arbeitsgruppe einrichten will, die die Frage beantwortet, ob das Bergrecht für dieses Verfahren ausreicht. Das finde ich gut. Allerdings ist die veranschlagte Zeit von einem Jahr dafür nicht angemessen. So konnte man es in den Zeitungen lesen; bitte korrigieren Sie mich, wenn das nicht so ist. Das muss schneller gehen, denn vor Ort laufen die Verfahren. Wenn man dabei etwas machen will, muss man das mit mehr zeitlichem Druck tun.

Höchst fraglich ist, ob die Instrumente reichen. Ich kann mich noch an Debatten vor einigen Wochen erinnern, als alle einig waren, dass „Stuttgart 21“ den Paradigmenwechsel in der deutschen Politik darstelle und dass man sich um die Verwirklichung einer stärkeren Bürgerbeteiligung kümmern müsse. Der Wirtschaftsminister hat von Mediationsprozessen in Bezug auf die CO-Pipeline – das Verfahren ist bereits abgeschlossen – gesprochen.

Wenn man diesen Anspruch hat – ich stelle ihn nicht infrage –, muss man bei einer solchen Geschichte, wie sie im Münsterland stattfinden soll, sehen, eine Bürgerbeteiligung im Gesetz zu verankern. Ohne geht es definitiv nicht.

Dritter Punkt: Wenn man zu dem Ergebnis kommt, das Bergrecht in dieser und anderen Fragen zu ändern, bedarf es nach unserer Auffassung einer zügigen Bundesratsinitiative, die eine Bürgerbeteiligung und eine verbindliche Umweltverträglichkeits-

prüfung enthalten muss – auch eine Befassung der kommunalen Gremien vor Ort, also nicht nur Behörden-Pingpong; da muss ein Stadtrat auch ein eigenes Recht bekommen. Wir werden den Antrag am Ende der Debatte in den Ausschuss verweisen und dort eine Anhörung durchführen. Vielleicht wird es da noch eine ganze Menge anderer Ideen geben.

Vierter Punkt: Transparenz. Die Unternehmen beschreiben – man ist offensichtlich von den kritischen Fragen und den Befürchtungen vor Ort überrascht gewesen –, sie hätten 20 Jahre keine Bürgerinitiativen gegen solche Vorhaben gehabt. Das mag sein; das will ich auch gar nicht infrage stellen. Jetzt hat man eine Internetseite freigeschaltet. Das ist gut und das Mindeste, was man haben muss. Aber entscheidend ist, eine Verbindlichkeit zu erreichen, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass verbindlich Transparenz über die Stoffe hergestellt wird, die bei Bohrungen und anderen Teilen der Prozesse verwandt werden. Goodwill ist schön, aber am Ende brauchen wir ein Stück Verbindlichkeit, damit die Menschen sich auch darauf verlassen können.

Warum das alles? Aus welchem Grund guckt man im Münsterland skeptisch darauf? Das Ziel ist, Trinkwasser sauber zu halten. Bohrungen in 1.500 m Tiefe gehen weit durch die grundwasserführenden Schichten hindurch. Mir wird beschrieben, 30 m, 50 m bis maximal 200 m sei die Schicht, aus der man unser Trinkwasser fördert. 1.500 m ist eine andere Hausnummer. Aber man muss erst einmal durch die trinkwasserführenden Schichten hindurch. Von da unten holt man auch eine Menge hoch, was da unten vielleicht gut oder weniger gut aufgehoben ist, was wir hier aber gar nicht haben wollen, ob es Quecksilber ist oder Radioaktivität, die sich dort abgelagert hat. All das spült man dann hoch, und das Unternehmen sagt achselzuckend: Das ist ja in der Erde drin. – Gut, aber es ist ein Unterschied, ob es in der Erde drin ist oder ob wir es nach oben holen. – Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Bei der sogenannten Fracking-Methode werden Substanzen eingetragen, um den Prozess überhaupt möglich zu machen, Gesteinsschichten mit hydraulischem Druck aufzubrechen, um dann das Gas mit Chemikalien, mit Tensiden, mit anderen Stoffen erfolgreich nach oben zu bringen.

Das sind die zwei Möglichkeiten für Trinkwasser-  
verunreinigungen. Dieser Punkt ist entscheidend.

Gegen eine Kernbohrung, um erst einmal zu prüfen, wie die Substanz vor Ort ist, kann keiner etwas haben. Aber sobald es um Probefracking geht, muss vorher ein verbindliches – auch da reicht Goodwill der Unternehmen nicht aus – Monitoring stattfinden.

(Beifall von der CDU)

Das heißt, es müssen bei den Brunnen der Landwirte Nullproben gezogen werden. Ich bin auf einem

Hof gewesen. Der Landwirt hat mir gesagt, er hat 19 Brunnen für seine Kälbermast, für seinen Rinderbetrieb. Da müssen Proben gezogen werden, weil dieses Wasser für die Landwirte, für die Lebensmittelherzeugung in dieser Region existenziell ist. Die Nullproben müssen bei einer neutralen Stelle eingelagert werden, damit Verlässlichkeit und Neutralität herrschen.

Außerdem brauchen wir Klarheit in der Haftung. Die Unternehmen sagen: Wir stehen zu unserer Verantwortung. – Ich habe keinen Zweifel daran, am Gottes Willen, das steht mir gar nicht zu. Aber das muss auf ein Blatt Papier; das muss verbindlich sein, damit nicht nachher irgendein Subunternehmen in der Haftung steht und in die Insolvenz rauscht. Wasser sucht sich über viele Jahre, über Generationen seinen Weg. Es ist nicht damit getan, sich für die Zeit des Prozesses, für die Zeit des Abbaus, der Förderung in der Verantwortung zu sehen. Das muss dauerhaft stattfinden.

Die Landesregierung ist aufgefordert, auch in dieser Frage Klarheit zu schaffen. Denn wir sind nicht in der texanischen Wüste. Im Münsterland werden Lebensmittel erzeugt. Heute gibt es unten in der Kantine – das kann ich schon mal verraten – Rippchen vom deutschen Weiderind. Die laufen da oben rum, wo unten das Gas vermutet wird, und da darf es nicht ansatzweise einen Konflikt zwischen der Gesundheit der Menschen vor Ort und der Lebensmittelgewinnung auf der einen Seite und der Gasgewinnung auf der anderen Seite geben. Darum geht es hier. Wir sagen nicht grundsätzlich Nein zur Gasförderung. Aber es gibt Methoden, die sich vielleicht mit der texanischen Wüste vertragen, jedoch nicht mit einer Region, in der Lebensmittel erzeugt werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]:) Sagen Sie doch entschieden Nein!

Offensichtlich gibt es Methoden, die eben nicht passen.

Die Landesregierung muss dem Thema höhere Priorität einräumen. Es schadet nicht, im Wirtschaftsausschuss eine Anhörung durchzuführen und uns mit Experten auszutauschen, weil wir uns hier mit einem neuen Thema befassen. Aber eines will ich klipp und klar sagen: Es darf keine Verzögerung bei den Hausarbeiten in der Bezirksregierung geben. Es darf keine Verzögerung bei der Erarbeitung einer notwendigen Bundesratsinitiative geben. Vor Ort laufen die Verfahren. Die Menschen erwarten von uns zu Recht eine seriöse Befassung, klare Schritte und nicht langwierige Verschleppung. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Stinka.

**André Stinka** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wüst, es ist schon erschreckend, wie wenig Sie in der münsterländischen Landschaft verwurzelt sind, wenn Sie behaupten, es hätte nur Behörden-Pingpong gegeben. Ich denke, dass Sie gerade einen Bezug zu Printmedien haben. Lesen Sie mal nach! Dann können Sie sehen, dass sich die Menschen im Münsterland und nicht nur Behörden mit dieser Frage beschäftigen. Wenn man anderes zu tun hat – gut –, ist das Ihr Problem; aber es ist nicht Behörden-Pingpong, das da abgestellt wird.

Kolleginnen und Kollegen, das Thema der unkonventionellen Erdgasvorkommen und die geplanten Erkundungsbohrungen von ExxonMobil haben uns und auch mich in den vergangenen Tagen sehr viel beschäftigt: einmal als Umweltpolitiker, aber auch als Münsterländer. Ich habe mehr Informationen, als Herr Wüst gerade deutlich gemacht hat.

Die Menschen sprechen über ihre Sorgen, über die geplanten Bohrungen und auch darüber, wie in den Vereinigten Staaten bei der Bohrung nach unkonventionellen Erdgasvorkommen Leckagen aufgetreten sind und es zu erheblichen Gefährdungen der Bevölkerung gekommen ist. Zusätzlich haben wir in Niedersachsen Leckagen gehabt, die das Oberflächengrundwasser verseucht haben. Daneben – das müssen wir als SPD-Fraktion auch deutlich herausstellen – hat die Firma, die die Genehmigung beantragt, nicht immer den Weg einer offenen und transparenten Politik verfolgt.

Aber genau deswegen, Herr Wüst, ist es doch wichtig, dass wir uns der Problematiken annehmen. Gerade meine Kollegen und Kolleginnen aus dem Münsterland haben sich in den vergangenen Wochen konkret und direkt der Sorgen der Menschen angenommen, anstatt einen Antrag über Dinge zu schreiben, die längst laufen. Lesen ist hier von großem Vorteil. Wege sind beschritten worden.

Schauen wir einmal genauer, worüber wir heute reden:

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Gerade das Thema „Energieversorgung“ beschäftigte uns in den vergangenen Jahren ausgiebig. Sie gehörten damals nicht der Enquetekommission an. Daher sollten Sie sich noch einmal beraten lassen, inwieweit die Ressourcen und Reserven, die wir haben, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch belasten.

Wir haben die Aufgabe, uns auch von unsicheren Erdgasimporten unabhängiger zu machen. Der Blick nach Ägypten und Weißrussland macht dies deutlich. Das haben wir jahrzehntelang auf und ab diskutiert. Vor diesem Hintergrund kann man sehr wohl nachvollziehen, dass in der Wirtschaft Überlegungen existieren, besonders nach unkonventionellen Möglichkeiten zu suchen.

(Zuruf von der CDU)

Als sozialdemokratischer Klima- und Umweltpolitiker ist für mich aber eins ganz entscheidend: Wir müssen Arbeit, Wirtschaft und Umwelt zusammenbringen. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode erlebt, dass das eine gegen das andere ausgespielt wurde, dass sich Arbeit und Umwelt ausgeschlossen haben, Herr Wüst. Das ist ein Weg, den Sozialdemokraten und die neue rot-grüne Landesregierung nicht beschreiten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie eiern da auch nur herum!)

Vor diesem Hintergrund sind die Probebohrungen durch Exxon in zweierlei Hinsicht eine hohe Messlatte in diesem Bereich, sowohl für das Münsterland als auch für Nordrhein-Westfalen: Zum einen sagen wir ganz deutlich, dass die Gefährdung des Grundwassers und der Umwelt, wie sie in den Vereinigten Staaten vorgekommen ist, in Nordrhein-Westfalen unter allen Umständen ausgeschlossen werden muss.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Können Sie aber gar nicht, wenn Sie das machen!)

Zum anderen hat die Landesregierung in diesem Bereich schon gearbeitet. Ich habe gerade dargestellt, dass neben bergrechtlichen Verfahren beispielsweise auch wasserrechtliche Verfahren bereits eingezogen wurden und viel schärfer ausgelegt werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Gleichzeitig sorgen wir dafür – das wurde schon angesprochen –, dass Transparenz in die Verfahren hineinkommt und dass konkret und direkt gearbeitet wird. Und wenn Sie darauf abstellen, dass dies in der Vergangenheit nicht so war, dann trifft dieser Vorwurf Sie allein. Der Dialog Umwelt und Wirtschaft ist ohne Bürgerinitiativen geführt worden, ohne diejenigen, die sich auch für Landschaft und Umwelt interessieren. Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir Transparenz nicht walten ließen. Wir laden auch diejenigen ein, die sich sehr kritisch mit den Erdgasbohrungen beschäftigen; das ist offen und transparent, und nicht das, was Sie hier in diesem Antrag beschreiben, was mal hätte getan werden sollen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Ich erinnere nur daran, dass die Bezirksregierung Arnsberg bei den anvisierten Fachgesprächen auch die Möglichkeit der Initiative gibt, Fachpersonal zu benennen und sich in die Diskussion einzubringen.

Das Debakel Dialog und Wirtschaft, das Sie beispielsweise bei Datteln oder der CO-Pipeline erlebt haben, wird uns in der Form nicht passieren.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Vor dem Hintergrund ist der Dialog, den wir aufnehmen werden, offen und richtig. Wir unterstützen

den Wirtschaftsminister in diesem Zusammenhang ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Bezirksregierung hat ein offenes Verfahren eingeleitet und geht weit über das hinaus, was nach Ermessen notwendig wäre. Wenn ich mir Ihren Antrag anschau, Herr Wüst, bin ich sowieso etwas verwirrt: Auf der einen Seite sind Sie hier der Gralshüter für die Wirtschaft und für Freundlichkeit gegenüber der Industrie, und auf der anderen Seite, wenn es schwierig wird und Sie die Verseuchung des Bodens und die davon ausgehenden Rückschlüsse auf Tiere ansprechen, fehlte es mir an Engagement in der Futterdebatte vor wenigen Wochen. Aber da ist von Ihrer Seite nichts gekommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Zuruf von der CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Ich erinnere Sie auch noch mal daran – wenn Sie sich hier für Wirtschaft und Industrie einsetzen –, dass es die CDU im Münsterland war, die das Feld Donar massiv bekämpft hat – wohl wissend, dass der eigene Ministerpräsident hier im Jahr 2006 Rohstoffknappheit beklagt hat. Da müssen Sie sich selbst fragen, wie Sie hier den Industriestandort nach vorne bringen wollen, und müssen sich daran erinnern lassen, was Sie uns heute hier mit diesem Antrag erzählen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar  
Brockes [FDP])

– Ja, Herr Brockes, Sie und Rohstoffe, das ist auch ein schwieriges Feld. Über den Tellerrand zu schauen ist immer problematisch.

Wenn Sie im Antrag Nachhaltigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einfordern, Herr Wüst, laufen Sie bei mir als Katholik aus dem Münsterland offene Türen ein. Wenn ich mir dann aber ansehe, dass Sie jetzt beispielsweise auf Beteiligungsrechte abstellen, zeigt mir dies, dass Sie hier einfordern, was Sie in den Jahren 2005 bis 2010 im Land beim Landschaftsschutzgesetz, bei den Landesgesetzen, beim Wassergesetz, beim unteren Beirat für Wasser abgebaut haben. All dies haben Sie abgebaut, was Sie heute, wenige Monate nach einer verlorenen Landtagswahl, hier einfordern.

Wenn wir den Blick nach Berlin lenken und uns anschauen, was der Innenminister bei der Bürgerbeteiligung nach den Erfahrungen mit „Stuttgart 21“ vollzieht – nämlich weniger Bürgerbeteiligung –, dann frage ich mich, wo Ihr Draht nach Berlin ist, über den Sie das einfordern, was Sie hier wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um zum Abschluss noch einmal auf das Thema „Umwelt“ zurückzukommen: Wenn Sie Nachhaltigkeit und Schöpfungsbewahrung so ernst nehmen, schauen Sie sich die Kirchenkreise Borken-Steinfurt

und Steinfurt-Coesfeld und deren Äußerungen zur Restlaufzeitverlängerung an.

(Zuruf von der CDU)

Lesen Sie sich das in Ruhe durch, dann wissen Sie, wie die Kirche Nachhaltigkeit und Schöpfungsbewahrung versteht.

Wir werden in den Diskussionen über die Änderungen des Bergrechts diese Beteiligungsrechte einführen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich bezweifle das!)

Die Bundesratsinitiative, die Sie hier ankündigen, hätten Sie vor Jahren durchführen können. Sie hatten sowohl hier als auch im Bundesrat die erforderlichen Mehrheiten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Damals gab es das Problem noch gar nicht!)

– Da ist das Problem schon lange bekannt gewesen, Herr Brockes. Das ist ja der Vorsprung, den wir haben und den wir hier auch deutlich herausstellen.

Ich möchte noch einmal betonen: Die SPD-Landtagsfraktion wird alles dafür tun, dass die Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas in Nordrhein-Westfalen nur dann stattfinden, wenn die Umwelt keinerlei Schaden davontragen wird. Wir werden das beobachten; gerade mir als Münsterländer ist das ganz wichtig.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sollen nicht beobachten, sondern handeln! – Zuruf von der CDU: Da sind wir aber gespannt!)

Wichtig ist außerdem, dass wir definieren müssen, worüber wir hier diskutieren. Es gibt Probebohrungen, die nicht explizit sofort einschließen, dass danach Genehmigungen für weitere Erdgasförderungen erteilt werden. Diesen Unterschied muss man deutlich machen: Einen Freifahrtschein für die Gewinnung gibt es nicht.

Ich glaube, dass wir uns der Diskussion offen stellen müssen. Wenn die Dinge, die die CDU hier einfordert, auch tatsächlich so verfolgt werden, freue ich mich auf eine wirklich spannende Debatte in den begleitenden Ausschüssen. Dann werden wir Sie daran messen, was Sie tatsächlich tun – und nicht daran, was Sie hier heute Morgen auf zwei Seiten niedergeschrieben haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir Sie auch!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich mich im Großen und

Ganzen über den Antrag der CDU zu diesem wichtigen und in Nordrhein-Westfalen noch sehr neuen Thema gefreut habe –

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Bravo, endlich mal einer!)

natürlich nicht über Ihre Auslassungen zum Energiekonzept der Bundesregierung und dem Festhalten an rückwärtsgewandten Technologien, sondern darüber, dass Sie hier scheinbar das erste Mal bereit sind, sich mit einer neuen Technik und deren Folgen für die Umwelt auseinanderzusetzen, bevor diese umfassend in unserem Bundesland eingesetzt wird.

Auf anderen Ebenen ist das aber leider nicht passiert. Auf Bundesebene gab es im Mai und September als Antwort auf Kleine Anfragen der Grünen-Fraktion von der schwarz-gelben Bundesregierung kurz gesagt nur die Antwort: Wir wissen von nichts. Das ist Ländersache. Wir wollen auch gar nichts wissen.

In Niedersachsen, wo Schwarz-Gelb seit acht Jahren regiert, wurde es vom Unternehmen und der Landesregierung nicht für nötig befunden, die Bürgerinnen und Bürger über Probebohrungen, über Fracking und damit über die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas oder über undichte Rohrleitungen zum Abtransport von giftigem Lagerstättenwasser zu informieren. Sie haben es dort auch nicht für nötig befunden, darüber aufzuklären, dass das Abwasser der Bohrungen in sogenannten Disposalbohrungen am Rande der Lagerstätten einfach wieder entsorgt wird. Auf gut Deutsch heißt das, hier wird giftiges Abwasser in die Erde gepumpt nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn.

Erst durch die Diskussion wenige Kilometer weiter auf unserer Seite der Landesgrenze wurden die Bürgerinnen und Bürger von Niedersachsen über das informiert, was sich dort unter ihren Füßen abspielt.

Diese beiden Beispiele zeigen doch, wie intransparent das Thema in den letzten Jahren gerade von CDU und FDP gehandhabt wurde.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Zur Sache!)

Aber der Kopf ist ja rund, damit das Denken die Richtung ändern kann. Also will ich Ihnen Ihren plötzlichen Sinneswandel als plötzliche Oppositionspartei gar nicht vorwerfen.

Ich möchte noch ergänzen, wie denn dieses Thema „Gas in Nordrhein-Westfalen“ so viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen konnte und wie es zu Ihren Forderungen kommen konnte. Lieber Herr Wüst, das wurde nicht erzwungen, Sie mussten ganz einfach einen Antrag stellen. Dass Sie hier von „erzwingen“ sprechen, ist Polemik. Sie haben einfach nur Angst, etwas zu verpassen.

Im Gegensatz zu dem eben beschriebenen Verhalten hat nämlich Minister Voigtsberger offen auf meine Fragen zum unkonventionellen Erdgas geantwortet. Minister Voigtsberger ging auf Aufsuchungslizenzen, beantragte Probebohrungen und die geologischen Erkenntnisse über die Vorkommen ein. So ausführlich und offen hat bisher keine Landesregierung hier geantwortet.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU)

Im Dezember veranstalteten wir Grüne hier im Landtag ein Fachgespräch.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Ja, Herr Wüst, damals hat sich Politik schon längst damit beschäftigt. – Es war ein Fachgespräch zu den Chancen und Risiken des unkonventionellen Erdgases. Das stieß auf großes Interesse bei Kommunalverwaltungen, Bürgerinitiativen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern. Die Medien wurden um diese Zeit selbst immer aktiver und brachten durch Recherchen viele Dinge, vor allem aus Niedersachsen, ans Tageslicht.

Den Bürgerinitiativen vor Ort kommt hier ebenfalls eine große Bedeutung zu. Sie haben nämlich maßgeblich dazu beigetragen, Aufklärung zu leisten und Informationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das alles hat dazu geführt, dass Ihnen im Münsterland das Ganze zu heiß wurde, lieber Herr Wüst, liebe CDU.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Noch einmal zum Sachverhalt: Es würde bei der Gewinnung zum Beispiel von Erdgas aus Kohleflözen mit der unkonventionellen Technik des Frackings etwa 1.500 Meter in die Tiefe gebohrt, Chemikalien nach unten gebracht und zum Teil dort belassen.

Eine Trinkwassergefährdung soll dadurch ausgeschlossen sein, dass undurchdringliche Schichten zwischen der Frackregion und dem Trinkwasser liegen. Wer kann denn mit Sicherheit sagen, was in 1.500 m Tiefe mit einer Flüssigkeit passiert, die gerade dazu geeignet ist, durch kleinste Gesteinsspalten zu diffundieren? Wer kann mit Sicherheit ausschließen, dass in zehn, 20 Jahren oder noch später die toxischen Stoffe nicht doch ins Grundwasser gelangen? – Ich kann es nicht, meine Damen und Herren. Ich wüsste auch gar nicht, auf welcher Grundlage ich das entscheiden könnte.

Es fehlt an gesicherten Informationen, was dort unten mit dem Chemikaliengemisch passiert, welche Wasserwege sich dort befinden. Was ich jedoch kenne, sind die besorgniserregenden Erfahrungen mit dieser Technik in den USA und zum Teil in Niedersachsen.

Diese Tiefe, 1.500 m, ist nur sehr schwer begreifbar. Niemand von uns kann mit seinen eigenen Händen oder sonst irgendwie 1.500 m tief graben. Stellt man sich diese Länge aber einmal nicht in der Tiefe, sondern auf der Erdoberfläche vor,

(Dietmar Brockes [FDP]: Fahren Sie mal in ein Bergwerk ein!)

werden die Dimensionen schon deutlicher. 1.500 m ist beispielweise der Abstand zwischen der Rhein-kniebrücke hier direkt am Landtag und der nächsten Brücke rheinabwärts an der Altstadt. Auf der Erdoberfläche kennen wir die Zusammenhänge viel besser. Im gleichen Abstand unter der Erde tappen aber Wissenschaftler ganz häufig sprichwörtlich im Dunkeln. Belastbare Forschungsergebnisse gibt es für die Fragen zu Auswirkungen auf Wasser und Boden in Nordrhein-Westfalen bisher noch nicht.

Daher bin ich sehr froh, dass sich Minister Voigtberger und Minister Remmel dazu entschieden haben, ein Gutachten in Auftrag zu geben, das genau diese Gefahren untersuchen wird. Es wird neben der genauen Prüfung aber in Nordrhein-Westfalen jetzt auch darum gehen – wir haben es eben schon gehört –, wie man das deutlich antiquierte Bergrecht auf Bundesebene ändern kann. Es kann doch nicht sein, dass Aufsuchungslizenzen einfach verteilt werden, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Probebohrungen und bei der Gewinnung von unkonventionellem Erdgas vorgesehen sind, nur weil diese Technik noch nicht benutzt wurde, als das Bergrecht das letzte Mal zur Novellierung anstand.

Da wird es dann auch die Aufgabe der CDU sein, die Aktivitäten der Landesregierung auf der Bundesebene entsprechend Ihres Antrags hier zu unterstützen. Auch deshalb habe ich mich über den Antrag von Ihnen gefreut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Durch die eben genannten Entwicklungen wurden in den letzten Wochen immer mehr Bürgerinnen und Bürger aufmerksam, vor allem im Münsterland, das von der Beantragung einer Probebohrung gerade den stärksten Bezug zur Thematik hat. Nach diesem Zeitpunkt stieg auch der Druck auf Sie, liebe Abgeordnete der CDU,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Auch auf die Grünen!)

sodass Ihnen gar nichts anderes übrig blieb, als hier aktiv zu werden.

Ich bin keine Spekulantin und möchte daher gar nicht darüber schwadronieren, wie Sie sich wohl verhalten hätten, wären Sie noch an der Regierung – ob Sie umfassend und von sich aus informiert hätten, ob Sie eine Diskussion und Abwägung zugelassen hätten

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

oder ob Sie auf Betriebsgeheimnisse, normales Verwaltungshandeln und industrielle Notwendigkeit verwiesen hätten.

(Zurufe von der CDU)

Das sind Spekulationen, weil Sie nicht an der Regierung beteiligt sind.

Wie dem auch sei: Jetzt kommt es darauf an, hier bei uns in einer ehrlichen Technikfolgenabschätzung die Risiken bei der Gewinnung von unkonventionellem Erdgas zu bewerten. Wir müssen verhindern, dass es für Menschen und Umwelt negative Auswirkungen gibt. Solange die Umweltverträglichkeit nicht sichergestellt ist, sollte es kein Fracking geben.

Ich als Ingenieurin jedenfalls glaube, dass man durch vorausschauendes Denken und eine ebensolche Politik Umweltschäden verhindern kann. Wir müssen dabei sauber vorgehen und diese Bewertung jetzt durchführen, bevor wir vor vollendeten Tatsachen wie in Niedersachsen stehen. Oder würden Sie ein Haus bauen, ohne die Statik zu berechnen oder die Bodenverhältnisse zu kennen?

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Thema kann große Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen haben. Darum ist es wichtig, dass wir uns in den nächsten Wochen bei der Anhörung und der parlamentarischen Auseinandersetzung gemeinsam für die Belange von Menschen und Umwelt einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Eier, eier!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Berichte über Probebohrungen für die Gewinnung unkonventioneller Erdgase in Teilen Nordrhein-Westfalens haben vermutlich die meisten Abgeordneten hier im Raum genauso überrascht wie die Menschen in unserem Land. Die Menschen in den Regionen, in denen nun Probebohrungen stattfinden sollen, sind verunsichert. Es ist nicht klar, was genau passiert. Die Menschen fühlen sich nicht informiert.

Meine Damen und Herren, klar ist, dass Erdgas in unserem Energiemix eine immer wichtigere Rolle spielt. Mehrere Gaskraftwerke sind in Nordrhein-Westfalen geplant oder schon im Bau, Erdgas gilt schließlich als klimafreundliche Ressource, da es einen weitaus höheren Wirkungsgrad als zum Beispiel die hiesige Braunkohle oder auch die Steinkohle hat, sodass wir weiterhin auf diese Ressourcen angewiesen sind. Den größten Teil aber impor-

tieren wir. Dabei sind wir in der Hauptsache von wenigen Ländern abhängig.

Insofern bietet eine Förderung in Nordrhein-Westfalen auch Chancen. Die Methoden, die zur Förderung des Erdgases angewendet werden sollen, sind aber ganz offensichtlich nicht frei von Risiken. Es geht nun für die Politik vor allem darum, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und sich mit dem Thema zu befassen. Meine Damen und Herren, Chancen und Risiken müssen gegeneinander abgewogen werden, sodass man am Ende zu einem Ergebnis kommt, ob wir die Förderung in Nordrhein-Westfalen verantworten können oder nicht.

Deshalb hatten wir als FDP-Fraktion auch als erste Fraktion bereits Anfang Dezember letzten Jahres um einen Bericht des Wirtschaftsministers gebeten. Diesen Bericht hat er uns im Januar im Ausschuss vorgelegt.

Meine Damen und Herren, jedem hier ist klar, dass sich dieses Thema nicht zur parteipolitischen Profilierung eignet. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn wir uns hier im Hause gemeinsam informieren und diese Informationen nach draußen tragen. Die beteiligten Firmen müssen mit größter Transparenz vorgehen. Es muss klar sein, dass die Folgen für Natur und Mensch geklärt sind.

Zurzeit sind nur Probebohrungen genehmigt worden. Diese Probebohrungen werden mit einer seit Jahrzehnten bewährten Technologie durchgeführt. Das heißt: Bei diesen Probebohrungen wird das umstrittene Fracking-Verfahren nicht eingesetzt. Ein Bohrstopp, wie er jetzt schon gefordert wurde, ist deshalb auch nicht zielführend. Erst nach diesen Bohrungen werden wir wissen, ob sich überhaupt Unternehmen für den Abbau des unkonventionellen Erdgases interessieren.

Aufgabe der Politik ist es, bis dahin einen Rahmen abzustecken. Das jetzige Bergrecht – das ist auch aus den Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen deutlich geworden – kann dafür nicht die geeignete Grundlage sein.

Wir begrüßen deshalb weite Teile des Antrags. Herr Stinka, wir begrüßen es deshalb auch, dass wir den Antrag hier und heute vorliegen haben, ist das Thema doch wichtig und gehört nicht in irgendwelche Hinterzimmerrunden der SPD, sondern muss öffentlich diskutiert werden.

(Beifall von der FDP)

Deshalb finden wir es auch richtig, dass dazu im Ausschuss eine Anhörung durchgeführt wird. Wir brauchen einfach mehr Informationen von Expertenseite, um in der Lage zu sein, eine Entscheidung treffen zu können. Eines muss nämlich klar sein: Eine Gasförderung in Nordrhein-Westfalen kann nur erfolgen, wenn die eingesetzte Technik sicher ist,

die Gesundheit der Menschen und das Grundwasser nicht beeinträchtigt werden.

Meine Damen und Herren, wir würden es begrüßen, wenn wir im Hause einen breiten Konsens hinbekämen, der deutlich macht, dass wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen und die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zur Entscheidungsfindung mitnehmen wollen. Wir hoffen, dass es dafür noch nicht zu spät ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Akbayir.

**Hamide Akbayir (LINKE):** Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der CDU fordert einen Energiemix, um die Energieversorgung in NRW sicherzustellen und die Importabhängigkeit zu senken. Er wendet sich gegen die unkonventionelle Gasförderung. Das ist durchaus auch in unserem Sinne.

Doch unterscheidet sich unsere Auffassung erheblich von der der CDU. Darum bringen wir einen eigenen Entschließungsantrag ein. Als Brückentechnologien auf dem Weg zur Umstellung auf 100 % erneuerbare Energien sind weder Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke und noch weniger die Braunkohleförderung nötig, meine Damen und Herren. Den Ausbau der Energieversorgung mit einer dezentralen, auf Gas basierenden Kraft-Wärme-Kopplung sehen wir hingegen für eine Übergangsphase als verantwortbar an. Das dazu benötigte Gas importiert Deutschland zu 31 % aus Norwegen, zu 43 % aus Russland und Zentralasien sowie zu 22 % aus den Niederlanden.

Vor allem in Bezug auf Russland haben wir große Sorgen, und zwar sowohl im Hinblick auf die umweltschonenden Verfahren als auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen. Um aber aus der Abhängigkeit anderer Länder herauszukommen und den Klimawandel zu begrenzen, setzt die Linke auf eine Energiepolitik, die auf folgenden drei Pfeilern steht: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Unkonventionelle Gasförderung wollen und brauchen wir dazu nicht. Denn dafür müssen giftige Chemikalien eingesetzt, viel zu viel Wasser verbraucht und viel zu viel Fläche genutzt werden. Außerdem bringt das Verfahren – Fracking genannt – erhebliche Risiken mit sich. Das ist hier schon mehrfach erwähnt worden und ist auch in der Presse hinlänglich bekannt und diskutiert worden.

In Niedersachsen ist erst vor einigen Wochen öffentlich gemacht worden, dass dort durch ein Rohrleitungsleck giftiges Quecksilber und krebserregendes Benzol ins Erdreich und ins Grundwasser ge-



langt ist. Ich glaube nicht, dass die infrage stehende Methode wirtschaftlich sinnvoll ist; ökologisch verantwortlich ist sie jedenfalls nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es gibt viele Unwägbarkeiten. Es besteht die Gefahr der Kontamination des Untergrunds und des Grundwassers. Die Entsorgung des zurückgespülten Wassers ist bisher noch nicht geklärt, so wie vieles mehr. Dieses Verfahren ist mit so vielen Risiken behaftet, dass es von uns komplett abgelehnt wird.

(Beifall von der LINKEN)

Wir setzen auf eine andere Energiepolitik und können uns da sogar auf die Bundesregierung stützen. Sie hat einen Sachverständigenrat für Umweltfragen eingesetzt, der eine Energiepolitik der Zukunft entwickelt hat. Dieser Rat ist ein von der Bundesregierung berufenes Professorenngremium und besteht nicht in dem Verdacht, besonders links zu sein.

Nach Auffassung dieses Rates ist es möglich, völlig auf Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke zu verzichten und die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien bis 2030 zu ermöglichen. Das ist genau unsere Meinung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Dieser Rat zeigt, wie eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sichergestellt wird. Damit verbunden ist das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um bis zu 95 % zu senken und den Anteil an erneuerbaren Energien auf 60 % zu erhöhen.

Dieser Umweltrat drängt sogar auf eine völlige Umstellung auf erneuerbare Energieversorgung. Um das zu erreichen, ist es nach Meinung des Umweltrates erforderlich, die Förderung nach dem Erneuerbaren Energiegesetz von heute 13,5 Milliarden € auf 20 Milliarden € zu erhöhen. Damit sollen gefördert werden: Windparks, Recycling und diverse Nutzung von Abfällen, die Erzeugung von Biogas aus Rohstoffen wie Gülle und Stroh und neue Methoden der Energiespeicherung und Ähnliches.

Das ist auch die Position der Linken zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik, meine Damen und Herren. Diese Möglichkeiten der Energieerzeugung zeigen uns, dass eine solche risikoreiche Erdgasförderung überhaupt nicht notwendig ist. Deshalb lehnen wir Probebohrungen unkonventioneller Erdgasförderung entschieden ab. Ich freue mich auf die Diskussion und Anhörung im Ausschuss.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Akbayir. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Voigtsberger das Wort.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vielleicht kurz zu Beginn, Herr Wüst: Wir reden natürlich heute nicht zum ersten Mal über dieses Thema, sondern ganz im Gegenteil. Als Erste hatte damals Frau Brehms ihre Anfrage zu der Thematik gestellt. Ja, das war vielleicht hier im Raum, aber wir haben uns damit dann intensiv im Wirtschaftsausschuss befasst. Ich habe dem Wirtschaftsausschuss auch einen Bericht vorgelegt. Ich denke, insoweit ist das Thema bei uns in der Behandlung. Das nur vorweg.

Meine Damen und Herren, einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem Thema. Wie Sie wissen, das Energiekonzept der Bundesregierung bis zum Jahr 2050 basiert im Wesentlichen auf der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken.

Nun zu Ihren Anmerkungen, dass sich die Bundesregierung offensichtlich mit einem Gutachter beschäftigt. Das hat mit der realen Politik der Bundesregierung offenkundig ganz wenig zu tun. Denn die nordrhein-westfälische Landesregierung teilt diese Auffassung der Bundesregierung nicht. Aus unserer Sicht brauchen wir noch mittelfristig einen Energiemix aus erneuerbaren und konventionellen Energien.

Bei diesem Energiemix kommt dem Erdgas, denke ich, eine bedeutende Rolle zu. Erstens ist diese Energieversorgung berechenbar konstant. Wir wissen, dass wir unetstetige Einspeisungen – Windkraft, Fotovoltaik – bei Spitzenlasten ausgleichen müssen, ob mit Gas-Dampf-Kraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung und Ähnlichem. Zweitens ist die Energiegewinnung aus Erdgas gegenüber anderen fossilen Energieträgern mit geringeren Treibhausgasemissionen verbunden.

Meine Damen und Herren, der deutsche Erdgasverbrauch wird derzeit zu ca. 85 % über Importe gedeckt, und die Herkunftsländer sind zunehmend politisch instabil. Ich möchte sagen: nicht nur die Herkunftsländer, sondern auch die Durchleitungsländer der Pipelines. Sie wissen alle, welche Länder hier betrachtet werden müssen. Deswegen sollten wir Aktivitäten gegenüber aufgeschlossen sein, die zu einer Minderung der Importabhängigkeit beitragen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Keine umweltgefährdenden!)

Aber – das sage ich jetzt dazu – nachhaltige Politik verlangt noch etwas mehr, eben nicht nur die wirtschaftliche Betrachtung, sondern auch die ökologische Verantwortung und auch die soziale Akzeptanz. Das heißt, es kommen nur solche Aktivitäten in Betracht, die keine Gefahr für Menschen und Umwelt darstellen. Wir müssen auf diesem Weg natürlich auch die Menschen mitnehmen.

Ein ganz besonderes Problem ist hierbei natürlich das Grundwasser. Das muss geschützt sein; da können wir keinerlei Kompromisse akzeptieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich denke, die laufenden Verfahren der Bergbehörde orientieren sich auch daran. Jedenfalls sind wir mit ihnen hier im Gespräch, und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln.

Vielleicht zeige ich Ihnen einmal beispielhaft auf, welche Verfahren zurzeit laufen, wenn es um Anträge auf Probebohrungen geht:

Bevor ein Rechte-Inhaber bestimmte Aufsuchungsarbeiten wie Probebohrungen aufnehmen kann – das heißt, er fördert dann noch nicht; das hat mit Gewinnung überhaupt nichts zu tun –, hat er der zuständigen Bergbehörde einen Betriebsplan vorzulegen. In Nordrhein-Westfalen ist dies die für den Bergbau landesweit zuständige Bezirksregierung Arnsberg. Dort werden die Maßnahmen und auch die zur Verwendung vorgesehenen Stoffe konkret dargelegt und aufgelistet.

Der Betriebsplan wird durch die Bergbehörde sorgfältig auf die Einhaltung der im Bergbaugesetz formulierten Kriterien geprüft. An diesem Verfahren beteiligt die Bergbehörde daher auch die Behörden, zu deren Aufgaben die Wahrnehmung öffentlicher Interessen gehört, so zum Beispiel die Wasserbehörden. Die Bergbehörde beteiligt darüber hinaus vor Zulassung des Betriebsplans andere Behörden und auch die Gemeinden, falls deren Aufgabenbereich als Planungsträger berührt ist.

Meine Damen und Herren, das ist vom Verfahren her relativ klar geregelt. Was dann das sogenannte Fracking angeht, so wurde in Nordrhein-Westfalen bisher keine diesbezügliche Genehmigung beantragt, nur damit wir das einmal festhalten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da gibt es keine!)

Hierfür, meine Damen und Herren, wäre nun wiederum ein Sonderbetriebsplan vorzulegen. Dann beginnt das ganze Verfahren im Prinzip noch einmal. Ferner würden eine erneute Beteiligung und gegebenenfalls weitere Genehmigungsverfahren nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlich.

Ich sage noch einmal: Es gibt zurzeit keinen Antrag auf eine Frackmaßnahme. Wenn sie gestellt würde, würde ein Sonderverfahren automatisch anlaufen.

Meine Damen und Herren, die Sorgen der Bevölkerung nimmt die Landesregierung selbstverständlich sehr ernst. Das Unternehmen ExxonMobil ist bereits von mir aufgefordert worden, und zwar bereits sehr früh – das war im letzten Jahr –, Transparenz durch eine umfassende Information und Öffentlichkeitsarbeit herzustellen. Ich weiß, dass in den betroffenen Kommunen schon Informationsveranstaltungen stattgefunden haben. Das Unternehmen hat auch

dort Planungen vorgestellt und Fragen beantwortet. Auf Einladung der Bürgermeister haben auch die Bergbehörde zu den Genehmigungsverfahren sowie der Geologische Dienst zu den geologischen Verhältnissen umfassend Stellung genommen. Das ist alles schon passiert.

Ich meine aber auch: Das kann erst der Anfang sein; denn, um die Öffentlichkeit noch stärker in die Verfahren einzubeziehen und die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung zu erweitern, bereitet die Landesregierung derzeit eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Bergrechtes vor.

Ich möchte noch auf ein paar Besonderheiten – Herr Wüst, ist jetzt nicht da –

(Hendrik Wüst [CDU]: Doch!)

hinweisen. Sie wissen natürlich auch, dass der Bundesinnenminister zurzeit Pläne zu Planungsverfahren vorbereitet, weniger Bürgerbeteiligung in Zukunft zuzulassen. Ich weiß natürlich auch – das konnte ich vor zwei Tagen der Presse entnehmen, Herr Wüst –, dass die Bundeskanzlerin inzwischen gesagt hat: Diese Dinge sind zurzeit nicht opportun weiterzuverfolgen. Das heißt aber nicht, dass die Bundesregierung, der Bundesinnenminister letztendlich im Hinterkopf hat, nicht mehr, sondern weniger Bürgerbeteiligung bei solchen Planvorhaben umzusetzen. Da sind vor allem Sie gefordert, Herr Wüst, das vielleicht einmal in Berlin anzumerken. Das ist das Erste.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Das Zweite, meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen hatte mit Rheinland-Pfalz zusammen eine Bundesratsinitiative unterstützt – da ging es um Geothermie-Tiefbohrungen –, dass auch im Bergrecht Umweltverträglichkeitsprüfungen für solche bergbaulichen Vorhaben vorzuschreiben sind. Diese Initiative scheiterte am 24. September im Bundesrat. Und das Bundesland, das sich vehement gegen so eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Bergrecht stark gemacht hat, war vor allem Niedersachsen. Und die Initiative von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz – Novellierung des Bergrechtes – scheiterte, wie gesagt, schon im September, Herr Wüst, mit 14:2 Stimmen. Es war nicht nur Niedersachsen. Alle Länder, in denen Sie mehr oder weniger die Mehrheit haben, haben dies abgelehnt.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden diese Initiative trotzdem weiterverfolgen. Herr Wüst, mal ganz ehrlich: Sie könnten doch einen viel einfacheren Weg gehen. Sagen Sie einfach dem Bundesumweltminister, Herrn Röttgen, er soll direkt eine Gesetzesnovelle einbringen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann könnten wir viel, viel schneller sein. Warum dieser Umweg über die Bundesratsinitiative, die wir

schon einmal versucht hatten und die damals gescheitert ist? Wir machen das selbstverständlich.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das, Herr Laumann, werden wir noch einmal auf den Weg geben. Wie gesagt: Wenn Ihnen das wirklich ein Anliegen wäre, könnten Sie es auf einem ganz anderen Weg viel schneller in Bewegung setzen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das Trinkwasser ist ein besonders hohes Gut, das es zu schützen gilt. Deswegen besteht auch Einvernehmen mit dem Umweltministerium, dass bei der beantragten Bohrung ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren durchzuführen ist. In Nordwalde ist das Unternehmen aufgefordert, einen wasserrechtlichen Antrag zu stellen.

Auch die Landesregierung ist sich bewusst, dass Bohrungen nach unkonventionellem Erdgas in Nordrhein-Westfalen relativ neu sind. Im Gegensatz zu Niedersachsen sind sie hier bisher nie durchgeführt worden. Auch hier noch einmal: Die zuständige Bezirksregierung Arnsberg verfügt über gut ausgebildete Fachkräfte – das wird ja immer infrage gestellt –, die auch über den nötigen Sachverstand verfügen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie ist aber nicht neutral!)

um die Vorhaben zur Erkundung von unkonventionellen Erdgaslagerstätten zu beurteilen und deren Zulassungsfähigkeit auch prüfen zu können. Die wasserrechtlichen Prüfungen führt die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde im Einvernehmen mit den ansonsten zuständigen Wasserbehörden durch.

Meine Damen und Herren, wir werden verstärkt dafür sorgen, dass entsprechende Fortbildungsveranstaltungen in Kooperation mit entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen weiter vorgenommen werden. Das ist letztendlich alles auf dem Weg und wird in Betracht gezogen. Zu berücksichtigen sind natürlich die weltweiten Erfahrungen. Dazu haben wir die Bergbehörde ebenfalls aufgefordert. Ob in Niedersachsen, ob im Ausland, wo auch immer – entsprechende Erfahrungen und Ergebnisse sind mit einzubeziehen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass die Prüfungen von Anträgen auf Probebohrungen selbstverständlich sehr intensiv, kritisch und auch ergebnisoffen stattfinden. Die Landesregierung beobachtet im Übrigen das Verwaltungshandeln in diesem Bereich mit besonderer Intensität. Das kann ich Ihnen zusagen. Dazu gehört auch, dass externer Sachverstand hinzugezogen wird. Deswegen sind die Fachabteilungen des Kollegen Rimmel und meines Hauses inzwischen fertig mit den Fragestellungen für Gutachten, die noch einzu-

holen sind. Sie sehen, auch das ist auf einem guten Weg. Wichtig ist mir auch, dass die Öffentlichkeit jederzeit auch unmittelbaren Zugang zu allen Informationen und Ergebnissen bekommt.

Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Wüst, in Ihrem Antrag haben Sie fast sämtliche Aspekte aufgelistet, die die Landesregierung seit Wochen immer wieder in der Öffentlichkeit anspricht und letztendlich auch immer garantiert – ob es Transparenz ist, ob es Schutz des Grundwassers ist, ob es Bürgerinformation, Bundesratsinitiative oder Gutachten sind. Das alles ist längst angesprochen und auf dem Weg. Insoweit kommt Ihr Antrag ein bisschen spät, aber immerhin.

Herr Wüst, Sie hätten den Antrag schon viel früher stellen können, denn die erste genehmigte Probebohrung hat schon stattgefunden. Sie wurde 2008 während Ihrer Mehrheit genehmigt. Damals wurden keine Zusagen, keine Gutachten, keine öffentlichen Diskussionen usw. gefordert, wie es die heutige Landesregierung macht, denen wir zustimmen und die wir auch garantieren werden.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aha! So ist das!)

Wie gesagt, damals haben Sie es wahrscheinlich nicht mitbekommen. Herr Brockes sagte, alle seien überrascht gewesen, dass es in dieser Frage überhaupt so etwas wie Probebohrungen gibt. 2008 lag schon eine Genehmigung auf dem Tisch und wurde auch erteilt.

Meine Damen und Herren, für mich ist letztendlich sehr wichtig – das zum Abschluss –: Bei dem Thema „Unkonventionelles Erdgas“ und dem gesamten Verfahren dazu erweist sich das Konzept der Landesregierung – Dialog mit allen Betroffenen, eine Dialogkultur der Transparenz und Offenheit – als richtiger Weg, den wir hier, aber auch bei anderen Themen eingeschlagen haben. Das ist von Ihnen sehr oft belächelt und teilweise auch lächerlich gemacht worden. Jetzt geben Sie zu: Es ist der richtige Weg. Beim unkonventionellen Erdgas machen wir das selbstverständlich so und garantieren es. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Für die CDU-Fraktion hat nun der Kollege Clauser das Wort.

**Hans-Dieter Clauser (CDU):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die bisherigen Debattenbeiträge kurz zusammenfassen darf, dann heißt die klare Botschaft: Die CDU hat einen guten Antrag gestellt, dem überwiegend zugestimmt wird. Eine Ausnahme bildet Die Linke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unkonventionelle Erdgasförderung, also die Gewinnung aus Schiefergestein, Kohleflözen oder anderen geologi-

schen Formationen, ist aufwendig, inzwischen aber durchaus rentabel. Die Förderung von bislang schwer erreichbaren Gasquellen erlebt in immer mehr Ländern unserer Erde einen wahren Boom. Goldgräberstimmung macht sich im Münsterland breit, aber auch Kritiker melden sich zu Wort. Vor der Gewinnung des Erdgases kommt die Erforschung, die Erkundung, das Genehmigungsverfahren und zukünftig, wie ich hoffe, eine umfängliche Bürgerbeteiligung. Denn noch nie war die Aufregung in der Bevölkerung so groß wie bei dieser Baumaßnahme und zur jetzigen Zeit.

Bereits die Pläne zur Erkundung der Lagerstätten hatten eine heftige Diskussion ausgelöst. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sind verständlich. Gute Argumente erhalten die Kritiker durch eine Studie der Universität Manchester, durch zahlreiche Veröffentlichungen. Alle haben eins gemeinsam: Die Berichte über Umweltschäden sind alarmierend. Die Kernaussage der Berichte lautet: Ein Viertel der eingesetzten Chemikalien bei Gasbohrungen, beispielsweise in den USA, sind bedenklich für die Umwelt, teils giftig, teils krebserregend. Es gibt übrigens einen durchaus hoffnungsvollen Ansatz bei der Firma BASF. Eine erste Studie belegt, dass mit biologisch abbaubaren Zusätzen eine kostengünstige und durchaus umweltverträgliche Lösung möglich ist.

Umweltschützer sind skeptisch angesichts des enormen Wasserverbrauchs. Wir haben es vorhin noch einmal gehört: Sie sehen Risiken für den oberen Grundwasserhaushalt. So hat Exxon zum Beispiel bei einer Testbohrung 12 Millionen l – manche sprechen, weil es leichter zu rechnen ist, von 12.000 m<sup>3</sup> – Flüssigkeit in den Untergrund gepresst. Das bedeutet: Bei einem Chemieanteil von ca. 2 % presste Exxon 24 m<sup>3</sup> Chemikalien in den Untergrund. Ein Großteil dieser Flüssigkeit verbleibt im Boden. Was damit im Untergrund passiert, ist wenig erforscht.

Kritiker weisen auf die fehlende Bürgerbeteiligung im Rahmen der Probebohrungen hin. Neben den Umweltrisiken bestehen auch noch finanzielle Risiken: Wie werden zum Beispiel Ewigkeits- oder Versicherungsschäden abgedeckt? Hier ist noch eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten.

Was können oder sollen wir von der Landesregierung erwarten? Wollen wir, dass das Ergebnis der im Auftrag gegebenen Studien abgewartet wird, oder wollen wir einen Genehmigungsstopp verhängen? Ich denke, die Landesregierung sollte vor allem für Klarheit sorgen, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen, die bestehende Rechtslage nutzen und gegebenenfalls Änderungsvorschläge erarbeiten. Wir werden das aufmerksam begleiten und ein Auge darauf werfen, inwieweit die Anpassung des Bergrechts an eine neue Form der Gewinnung vorgeschlagen wird.

Wir sehen dringenden Bedarf bei der Beteiligung der Öffentlichkeit, Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Probebohrungen und Probefracking. Ist das sinnvoll? Wir haben vorhin die Forderung gehört. Ich persönlich bin da völlig anderer Meinung, nämlich: Die Forschungsarbeit kann durchaus nach dem bisherigen, dem bestehenden gesetzlichen Rahmen auf den Weg gebracht werden.

Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen, dass wir es für ausgesprochen wichtig halten, die gebündelte Kompetenz, wie Sie sie bei der Bezirksregierung in Arnsberg angepriesen haben, noch um den Geologischen Dienst zu ergänzen. Auch die RWTH Aachen verfügt über ausgesprochen kompetente Fachleute in der Erkundung unseres Bodens.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sind auch unkritisch!)

Zu allem gehört aus meiner Sicht auch noch eine geeignete Bauaufsicht; denn wir wissen: Gerade beim Pipelinebau ist vieles im Argen gewesen. Daher meine ich, an dieser Stelle müsste etwas getan werden.

Nicht zuletzt geht es auch die Unternehmer an, dafür zu sorgen, dass zertifizierte Unternehmen, die kompetent, leistungsfähig, finanzstark und für den Schadensfalls ausreichend versichert sind, beauftragt werden, und dass eine Kette von Sub-Sub-Sub-Unternehmen, wie wir sie an anderer Stelle erlebt haben, für die Zukunft verhindert wird.

Ich denke, dass wir noch eine ganze Reihe von technischen Aspekten zu beleuchten haben. Wir werden das im Ausschuss mit großer Freude machen. Ich verstehe, dass der Skepsis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen werden muss. Wir brauchen eine ehrliche Diskussion und hoffen auf eine angeregte Diskussion im Wirtschaftsausschuss, wo etwas mehr Redezeit zur Verfügung steht als hier. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Clauser. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Kollege Eiskirch.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Antrag sind aus meiner Sicht drei Dinge zu sagen.

Erstens. Wie sieht es mit der Herleitung aus, dem Stück Prosa – so sage ich einmal –, wie man hinterher zu dem kommt, was man wirklich fordert? Das ist die Sollbruchstelle dieses Antrags gewesen, um keine Einigkeit in Bezug auf direkte Zustimmungsfähigkeit herstellen zu müssen. Aus Sicht der CDU-Fraktion geht es erst einmal darum, ein Thema besetzen zu können.

Die Herleitung bringt ein paar Punkte mit sich, bei denen es um Braunkohle und Atomkraft geht, bei denen sichergestellt ist, dass es unterschiedliche Meinungen der anderen Fraktionen gibt. Das möchte ich ein wenig außen vor lassen. Denn ich glaube, wenn es hinterher an den Kernpunkt geht, wird man darüber reden können, ob das wirklich so aussieht.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Zweitens. Was sind die konkreten Forderungen? Die CDU-Fraktion fordert Dinge, die die Landesregierung und ihre nachgeordneten Behörden entweder bereits tun oder schon angekündigt haben. Was ist der Beweggrund dafür, im Münsterland ein Thema zu besetzen, bei dem die Landesregierung augenscheinlich mit Augenmaß vorgeht und dabei die Interessen gegeneinander abwägt? Dafür möchte ich mich beim Landeswirtschaftsminister und all denjenigen, die an der Stelle zuständig sind, recht herzlich bedanken, weil es überhaupt nicht Ihrer Aufforderung bedurft hätte, dies alles zu tun.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Drittens. Es bleibt aber trotzdem richtig, noch einmal deutlich zu machen – da bin ich ganz bei Ihnen –, dass auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen in seiner Breite diesen Weg unterstützt.

Sie fordern am 25. Januar 2011 in Ihrem Antrag: Wir wollen die wasserrechtliche Erlaubnis, sozusagen den Ermessensspielraum, konkretisieren. Am 13. Januar 2011 ist das bereits geschehen und von ExxonMobil eingefordert worden.

Sie möchten gerne eine Bundesratsinitiative, die bereits vom Minister angekündigt war, um zu überprüfen, wie das Bergrecht geändert werden muss. Ich will Ihnen sagen – Minister Voigtsberger hat das gerade auch schon getan –: Sollten Sie Ihren Landesvorsitzenden, der auch Bundesumweltminister ist, bei seinen seltenen Ritten durch dieses Bundesland zufällig einmal treffen, fordern Sie ihn doch dazu auf! Sie haben ja vorhin gesagt: Ein Jahr ist zu lang; das muss schneller gehen. – Die wirkliche Abkürzung wäre es, direkt über den Bund zu gehen. Nutzen Sie die Gelegenheit. Sollte der Einfluss dieser Landtagsfraktion auf den Landesvorsitzenden zu gering sein, arbeitet das Landeswirtschaftsministerium sicherlich daran, eine Bundesratsinitiative so vorzubereiten, dass man prüft, welche Bergrechtsänderungen notwendig sind. Wir hoffen, dass Sie dann dafür Sorge tragen, dass auch andere Bundesländer einen solchen Weg mitgehen möchten und werden.

Ich bin dankbar dafür, dass Sie noch einmal deutlich gemacht haben, dass Probebohrungen keine Frackingbohrungen sind, denn das wird in der Diskussion oftmals miteinander verwechselt. Deswegen ist Ihre Eile gar nicht geboten, was den Prüfauftrag für Bergrechtsänderungen angeht. Es gibt noch eine ganze Menge Zeit.

Es ist auch wichtig, den Unterschied deutlich zu machen, denn ich glaube, wir alle können kein Interesse daran haben, dass man ganz normale und in anderen Zusammenhängen immer wieder auftretende Probebohrungen kritisiert, bei denen es nur darum geht, von unten ein Stück Stein hochzuholen, um zu schauen, ob es sich lohnt, das zu schöpfen, und auf welchem Weg man das machen könnte. Darum muss man kein großartiges Bohei machen.

Vielmehr sollte man sich auf das konzentrieren, was gegebenenfalls danach käme, nämlich die Frage „Wie könnte man solche Ressourcen erschließen?“ so sorgfältig zu prüfen, dass Chancen und Risiken gegeneinander abgewogen werden. Wir sind uns einig, dass es Chancen und Risiken gibt. Es kann nicht sein, dass man, falls Umweltbelastungsrisiken nicht sicher auszuschließen sind, dies negiert und nur noch die Chancen sieht. Man muss sehr vorsichtig sein. Das Ganze kann nur passieren, wenn es umweltverträglich und ohne umweltschädliche Risiken vonstattengehen kann. Darin sind wir uns, glaube ich, auch einig.

Mich wundert dabei, dass das, was die CDU jetzt schon schriftlich darlegt, fast ein Paradigmenwechsel in der Industriepolitik ist. In den letzten fünf Jahren haben Sie sich dadurch ausgezeichnet, genau das nicht zu tun, also nicht Chancen gegen Risiken abzuwägen und die Betroffenen nicht einzubeziehen. Auch das fordern Sie ja jetzt. Das haben Sie bei Datteln und bei der CO-Pipeline nicht getan.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie reden hier von radioaktiven Einbringungen in die Erde. Bei Asse interessiert Sie überhaupt nicht, wie das war.

(Beifall von der SPD)

Ich finde es schon wirklich bemerkenswert, wie Sie hier nun nach fünf Jahren all das, woran Sie in den letzten fünf Jahren, als Sie die Möglichkeiten hatten, nicht einmal im Entferntesten gedacht haben, einfordern – und das auch noch, nachdem es die neue Landesregierung bereits selber angekündigt hat.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Um zum Abschluss zu kommen: In der Sache gibt es eine breite Übereinstimmung und große Schnittmengen. Wir sollten die Anhörung nutzen, um uns so genau einen gemeinsamen Sachstand zu erarbeiten, dass punktgenau das erfolgen kann, was im Dialog mit den Betroffenen vorangetrieben werden muss: nämlich Chancen und Risiken gegeneinander abzuwägen und sicherzustellen, dass man Vorkommen nur dann abbaut – wenn überhaupt Vorkommen vorhanden sind, deren Abbau sich lohnt –, wenn dies ohne umweltschädliche Auswirkungen möglich ist.

Ich sage noch einmal: Lassen Sie uns jetzt keine Panik verbreiten. Im Moment geht es nicht um Fra-

ckingmaßnahmen. Es gelangen keine Chemikalien in die Erde. Es handelt sich um normale Probebohrungen. Es ist deutlich geworden: Sollte es Anträge auf Frackingmaßnahmen geben, fängt das Verfahren von vorne an. Es ist nichts im Lauf. Solche Dinge sind entsprechend zu behandeln.

Die Art und Weise, wie Sie das hier eingestiebt haben, würde ich wirklich als Wende in der Industriepolitik sehen. Kollege Brockes hat gerade Dinge von sich gegeben, bei denen ich gesagt habe: Dass ich dem in dieser Legislaturperiode einmal zustimmen kann, begeistert mich. Ich weiß aber auch: Diese Rede lege ich mir auf Wiedervorlage für die nächsten industriepolitischen Debatten, in denen Sie es wieder anders sehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Bis auf die Totalverweigerung der Linken besteht hier zumindest Grundeinigkeit, bei einer solchen Energiegewinnung für Nordrhein-Westfalen die Chancen zu sehen, aber gleichzeitig auch die Risiken, und ganz klar zu sagen, dass der Schutz des Grundwassers oberstes Ziel sein muss.

Ich komme auch aus einer Stadt, die direkt von Probebohrungen betroffen ist, nämlich aus Drensteinfurt. Dort bekomme ich vor Ort intensiv die Sorgen der Menschen mit. Im Münsterland gibt es zum Beispiel viele, die sich noch über einen eigenen Brunnen selbst mit Trinkwasser versorgen und die natürlich in Sorge sind. Deshalb stelle ich jetzt einmal einige Fragen kritischer, als das Kollegen bisher gemacht haben.

Zur Bundesratsinitiative haben wir heute ein klares Wort von Ihnen gehört. Über die konkreten Inhalte haben Sie noch nicht so viel gesagt.

Letzte Woche habe ich im „Westfälischen Anzeiger“ gelesen:

„Da ziehen alle Parteien an einem Strang“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Marc Herter gegenüber unserer Zeitung nach einem Treffen der münsterländischen Landtagsabgeordneten im NRW-Wirtschaftsministerium.“

Sie sprechen immer von Ihrer Koalition der Einladung. Es wäre schön, wenn dann auch wirklich alle münsterländischen Landtagsabgeordneten vom Wirtschaftsminister eingeladen würden. Ich bin als selbiger der Freien Demokraten einer, der zumindest keine Einladung bekommen hat. Ich weiß nicht, wer sonst alles eingeladen wurde. Wenn Sie Transparenz wollen – auch für die Bevölkerung –, sollten

Sie aber keine Geheimgespräche im Wirtschaftsministerium machen. Dann brauchen wir Klarheit und Wahrheit für das ganze Parlament. Das muss ich Ihnen hier schon deutlich ankreiden.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Im Dezember 2010 hatte ich in einer Kleinen Anfrage konkret gefragt:

„Welche Erkenntnisse liegen über Umweltschäden durch die Probebohrungen nach unkonventionellen Erdgasvorkommen vor?“

Darauf haben Sie am 14. Januar 2011 geantwortet:

„Ob es bei solchen Probebohrungen außerhalb Nordrhein-Westfalens zu etwaigen Umweltschäden gekommen ist, ist der Landesregierung nicht bekannt.“

Das ist beachtlich; denn wie wir eben schon gehört haben, gab es doch Umweltschäden in Niedersachsen, wo auch großflächig Boden ausgetauscht wurde.

(Minister Harry Kurt Voigtsberger: Sagen Sie noch einmal, von wann diese Antwort war! Sie war von November und nicht von Januar!)

– Herr Minister, ich habe diese Kleine Anfrage am 3. Dezember 2010 gestellt. Sie ist leider nicht fristgerecht beantwortet worden, wie ich es mir gewünscht hätte, sondern erst Mitte Januar. In Ihrer Antwort führen Sie aus, dass Ihnen keine Umweltschäden außerhalb von Nordrhein-Westfalen bekannt sind.

Ich frage mich, ob die Landesregierung Informationen verheimlicht. Schließlich gingen längst Presseberichte über Umweltschäden in Niedersachsen überall durch die Medien. Oder sind noch nicht einmal diese Medienberichte in Ihrem Wirtschaftsministerium angekommen? Das sind berechnete Fragen, die wir heute stellen müssen. Ich habe die Sorge, dass nicht ehrlich und transparent gearbeitet wird, sondern dass vielleicht auch etwas verheimlicht wird oder zumindest die Organisation in Ihrem Hause überfordert ist.

(Beifall von der FDP)

Das wird auch daran deutlich, dass Firmenmaterial mit Stempel der Bezirksregierung als Argumentationsgrundlage an die Kommunen verschickt wurde. Herr Minister Voigtsberger, auch dazu habe ich hier nichts gehört. Es macht den Menschen Angst, wenn Behörden so regieren, wie sie das gemacht haben, und nicht versuchen, neutral und transparent aufzutreten.

Sie haben in den letzten Wochen und Monaten nicht dazu beigetragen, den Menschen im Münsterland die Ängste zu nehmen, sondern sie noch mehr verunsichert. Machen Sie Ihre Sache besser; denn so wird es für die Menschen im Münsterland sicher

nicht gut gehen. Sie brauchen klare Informationen. Diese haben wir auch heute von Ihnen nicht bekommen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Sagel.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Herr Präsident! Damen und Herren! Die Konzerne wittern beim Erdgas ein großes Geschäft – so kann man es landauf, landab in den Zeitungen lesen. „Im Erfolgsfall können Milliardenbeträge fließen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der ExxonMobil Central Europe, Gernot Kalkoffen. Ausgerechnet Exxon, könnte man an dieser Stelle ergänzen; denn wir wissen, wie viele Umweltschäden sie weltweit schon verursacht haben.

Man vermutet hier das eventuell zweitgrößte Erdgasvorkommen Europas. Wir als Linke sagen klipp und klar: Wir wollen nicht jede Energiequelle, die es auf respektive unter der Erde gibt, ausbeuten. Wir wollen nicht, dass Konzerne Milliarden- oder Millio-nengewinne machen. Wir wollen nicht auf Kosten von Natur und Umwelt mit obertägigen Auswirkungen für Städte, Gemeinden und Bürger eine derartige Politik und ein derartiges Verfahren zulassen, wie es jetzt geplant ist. Wir wollen Ressourcen – insbesondere unsere wichtigste, das Wasser – schützen.

Als münsterländischer Abgeordneter sage ich hier auch klipp und klar: Wir sind als Linke grün – im besten Sinne des Wortes.

(Beifall von der LINKEN)

Den Menschen in Nordrhein-Westfalen wird schon jetzt nicht die Wahrheit gesagt. Wer dieses Erdgas in NRW, einem der am dichtesten besiedelten Räume Europas, fördert, wird Auswirkungen bekommen, die in keiner Weise abschließend einschätzbar sind.

Das sage ich hier auch als Bergbauingenieur, der jahrelang als Umweltgutachter tätig war, insbesondere im Zusammenhang mit der Nordwanderung des Ruhrbergbaus. Daher weiß ich sehr genau, wie die Erdschichten in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Münsterland aussehen.

Die Verunreinigung des lebenswichtigen Grundwassers ist dabei nur eine mögliche negative Folge. Die Druckentlastung, die durch eine Förderung des Gases entsteht, kann noch wesentlich weiter reichende Folgen haben. Es entstehen Risse, Klüfte und Spalten. Die Grundwasserhorizonte bekommen untereinander Kontakt. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt.

Wir sind deshalb grundsätzlich gegen die Förderung und daher auch gegen die Probebohrungen, und zwar ganz grundsätzlich.

Ein Kontakt zwischen Bohrwasser und Grundwasser sei dem Grunde nach nicht zu erwarten – so hat es das Geologische Landesamt Nordrhein-Westfalen ausgedrückt. Das zeigt, dass auch Sie in der Sache nicht neutral sind. Ich sage das auch als jemand, der schon auf Bohrtürmen gearbeitet hat und weiß, wie solche Bohrungen funktionieren. Dabei ist ein Grundwasserkontakt überhaupt nicht auszuschließen.

Als bisher einzige Fraktion im Landtag lehnen wir deshalb – auch mit unserem Entschließungsantrag – diese Probebohrungen entschieden ab. Grüne und SPD sind aufgefordert, hier mit uns eine klare ablehnende Haltung einzunehmen. Bei beiden Parteien ist das aber im Moment so noch nicht zu erkennen.

Von CDU und FDP wissen wir, was wir zu erwarten haben: in der Sache konkret nichts. – Das haben wir heute auch sehr deutlich gehört.

Deswegen sage ich an dieser Stelle abschließend: Wir erwarten sehr konkret, dass hier tatsächlich neutrale Informationen vorgelegt werden, was zu erwarten ist. Wir erwarten sehr konkret, dass wir in der Sache aufschlussreich und umfassend informiert werden.

Ich habe mich sehr gewundert, dass zum Beispiel in der „Rheinischen Post“ ist am 24. Januar veröffentlicht worden ist: „Genehmigte Erprobungsflächen für die Suche nach Erdgas in NRW“. – Ich will, wir wollen als Linke vom Wirtschaftsministerium Aufschluss darüber haben: Was ist da bisher genehmigt worden? Wie sieht die Situation tatsächlich aktuell aus?

Wir sagen klipp und klar: Wir sind grundsätzlich gegen diese Erkundung, gegen diese Probebohrungen. Wir hoffen, dass wir in Zukunft auch eine klare Mehrheit im Landtag für diese Politik haben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Rimmel das Wort.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon mehrfach betont worden, dass zurzeit die Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten heftig diskutiert wird und deshalb zu Recht auch der Landtag hier und heute das Thema bespricht. Die Menschen, die in den Gebieten wohnen und von möglichen zukünftigen Gewinnungen betroffen sein könnten, stellen zu Recht Fragen und verlangen nach Aufklärung. Auch wenn es sich im Moment nur um Probebohrungen

handelt, so muss doch vieles noch geklärt werden, was öffentlich nicht klar ist.

Zentral – das habe ich aus allen Redebeiträgen heute hier gehört – gibt es ein Einvernehmen, dass es gilt, das Wasser und speziell das Grundwasser als unseren wichtigsten Wasserschatz und unersetzbares Gut zu schützen und zu sichern. Ich glaube, da beißt keine Maus den Faden ab. Das muss erste Priorität haben. Daraus muss sich auch alles andere ableiten.

Das Wasser, insbesondere das Grundwasser, hat ein langes Gedächtnis, wie wir auch im Münsterland erfahren müssen. Einträge ins Grundwasser verbleiben oft zehn, 15, bis zu 20 Jahre und länger. Deshalb ist alles, was in das Grundwasser eindringt, eine dauerhafte Gefährdung auch unserer Trinkwasserversorgung. 40 % und mehr des Trinkwassers in Nordrhein-Westfalen wird aus Grundwasser gewonnen. Eben dieses Grundwasser hat dieses lange Gedächtnis.

Deshalb müssen wir vorbeugen, präventiv handeln und den Brunnen schützen. Es war schon immer ein wesentliches Menschheitsanliegen, dass dieser Brunnen, aus dem wir unser wertvollstes Lebensmittel, nämlich Wasser, gewinnen, nicht verunreinigt und vergiftet werden darf. Deshalb dürfen auch keine Grundwasserschädigungen in Kauf genommen werden, sei es bei Probebohrungen, sei es bei der Gewinnung von Erdgas oder sei es durch Reparaturmaßnahmen. Das muss abschließend und endgültig geklärt sein.

Wir haben es allerdings – das unterscheidet uns dann vielleicht von der Position, die die Fraktion Die Linke heute hier eingenommen hat – mit einer realen Rechtssituation zu tun. Die können wir uns nicht backen. Wir sind nicht in der Lage, hier und heute eine Entscheidung am grünen Tisch zu treffen und zu sagen: Wir wollen das, oder wir wollen das nicht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Behörden können das!)

Sondern: Es gibt Ansprüche, wenn entsprechende Anträge gestellt werden. Die müssen nach Recht und Gesetz behandelt werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Da haben wir Recht und Gesetz, das angewandt wird, nämlich das Wasserrecht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig! Konsequenz anwenden!)

Das Wasserrecht muss angewandt werden. Die Beteiligung der Wasserbehörden ist bereits jetzt bei den beantragten Probebohrungen aufgrund des Wasserhaushaltsgesetzes, auch des neuen Wasserhaushaltsgesetzes, sichergestellt. Die Entscheidung kann nur jeweils im Einvernehmen mit den zuständigen unteren Wasserbehörden gefällt werden. Auch jetzt schon erlaubt das Bergrecht – jedenfalls

sollten wir das gemeinsam so interpretieren – entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfungen. Da gibt es Unklarheiten. Aber man kann durchaus zu der rechtlichen Einschätzung kommen, dass bereits das bestehende Bergrecht auch eine Umweltverträglichkeitseinschätzung erfordert.

Dann müssen wir uns – da hat der Wirtschaftsminister die Perspektive dargestellt, aber ich hatte auch den Eindruck, dass das hier im Haus breiten Konsens findet – aufmachen, wenn wir feststellen, dass rechtliche Grundlagen nicht ausreichen, diese zu ergänzen. Das betrifft die Frage der Anpassung des Bergrechtes an neue Verfahren, die in der Diskussion sind, und die Frage der generellen Einführung einer Verpflichtung, bei diesen Bohrungen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen.

In der Tat haben wir in Nordrhein-Westfalen als Landesregierung da schon im September eine Initiative ergriffen. Ich muss das noch einmal unterstreichen. Nicht Nordrhein-Westfalen hat verhindert, dass wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht bekommen haben, sondern es waren andere Bundesländer.

Deshalb habe ich die herzliche Bitte, wenn sich das Parlament beraten hat, vielleicht zu einer gemeinsamen EntschlieÙung unter Beteiligung auch der CDU zu kommen, um gegenüber anderen Bundesländern deutlich zu machen, dass es hier in Nordrhein-Westfalen eine andere Positionierung der CDU und der FDP gibt hinsichtlich der Notwendigkeit, Umweltverträglichkeitsprüfungen auch bei solchen Bohrungen vorzunehmen.

Darüber hinaus – auch das ist Konsens innerhalb der Landesregierung – brauchen wir zusätzliche fachliche Unterstützung. Deshalb werden wir ein Gutachten in Auftrag geben. Die Fragen sind gemeinsam erarbeitet. Das Parlament und die Bevölkerung werden dann selbstverständlich entsprechend unterrichtet.

Dann sind wir beim Unternehmen. Hier gilt wie bei jedem Vorhaben – das haben wir, glaube ich, gegenüber dem Unternehmen in den Gesprächen deutlich gemacht –: Man kann solche Unternehmungen und solche Absichten nur dann öffentlich begründen und durchhalten, wenn man von Anfang an alles, was man weiß, auch auf den Tisch legt. Wir haben das in vielen anderen Verfahren erlebt. Wenn sukzessive immer wieder neue Wahrheiten auf den Tisch kommen – Herr Clauser lächelt, denn er kennt die Situation aus anderen Prozessen –, dann trägt das nicht dazu bei, die Glaubwürdigkeit des Unternehmens zu stärken. Sondern: Alles muss am Anfang auf den Tisch.

Hier haben wir offensichtlich den einen oder anderen Fall, wo das in der umfassenden Klarheit bisher nicht passiert ist. Es ist eben schädlich, wenn das Unternehmen jenseits der Sachebene argumentiert, dass hier perspektivisch Hunderttausende von Ar-



beitsplätzen geschaffen würden, obwohl es noch Wochen vorher erklärt hat, dass es nach den Probebohrungen noch gar nicht wisse, ob es zur Gewinnung des Gases komme. Das wirkt schon wie der Versuch, mit der Aussicht auf Arbeitsplätze bestimmte Verfahren durchdrücken zu wollen. Daher ergeben sich Anfragen zur Kommunikation und zu den Absichten des Unternehmens.

Wir müssen die Umwelt und das Wasser ganz klar in das Zentrum unserer Schutzbemühungen stellen, und deshalb hoffe ich, dass das Parlament auch in der Breite diese Anstrengungen der Landesregierung unterstützt. – Vielen Dank

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir kommen zur Abstimmung. Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung haben sich die Fraktionen inzwischen darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 15/1190** nicht direkt abzustimmen, sondern mit dem **Entschließungsantrag Drucksache 15/1237** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu **überweisen**. Im federführenden Ausschuss soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt diesem Verfahren zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

### 3 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1196

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Steininger-Bludau das Wort.

**Eva Steininger-Bludau (SPD)** : Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen, liebe Kolleginnen! 40 % aller Frauen in Deutschland haben seit ihrem 16. Lebensjahr schon einmal Gewalt gegen sich erleben müssen. Wir reden hier also von einem riesigen gesamtgesellschaftlichen Problem. Es ist außerdem hinreichend bekannt, dass Gewalt im Geschlechterverhältnis in allen gesellschaftlichen Schichten unabhängig vom Bildungshintergrund und Einkommen, Alter oder einer Migrationsgeschichte stattfindet.

Die Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind vielfältig: Stalking, seelische Misshandlung – 13 % der in Deutschland lebenden Frauen haben dies schon einmal erleben müssen –, sexuelle Belästigung zum Beispiel am Arbeitsplatz, Verabreichung von K.-o.-Tropfen, Ohrfeigen, Schubsen bis hin zu schwerer Prügel.

Auch Genitalverstümmelung stellt Gewalt gegen Mädchen und Frauen dar. Sie mag zwar in einigen Ländern eine kulturell verankerte Praktik sein. Fakt ist allerdings, dass diese Eingriffe ohne medizinische Gründe durchgeführt werden, meist mit starken Schmerzen verbunden sind und schwere körperliche und psychische Schäden verursachen können. Darüber hinaus erwähne ich den Menschenhandel mit ausländischen Frauen bis hin zur Zwangsheirat und Zwangsprostitution.

Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Katalog aber noch lange nicht zu Ende. Dies ist nur ein Auszug einer Auswahl von Gewaltformen, die sich gegen Frauen und Mädchen richten können.

Die Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind allerdings ebenso vielfältig. Je länger Frauen und Mädchen in einer Gewalt- und Misshandlungsbeziehung verharren, umso unerträglicher wird ihre persönliche Situation. Es kommt zu psychischen Folgen. Vielfach leiden die Betroffenen unter Symptomen wie Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Schuld- und Schamgefühlen, Depressionen, Essstörungen und Selbstmordgedanken.

Es kommt auch zu psychosozialen Folgen. Viele Frauen sind so traumatisiert, dass sie alle sozialen Kontakte zu ihrem Umfeld und ihrer Familie einstellen. Es kommt zu Trennungen von ihrem Partner, häufigen Wohnungswechseln, zu erheblichen Einschränkungen der Berufstätigkeit bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes. Es ist schlicht der Verlust der gesamten Lebensqualität – von den gesundheitlichen Folgen und den direkten Einwirkungen auf den Körper ganz zu schweigen.

Von den ganz konkreten körperlichen Verletzungen aufgrund von Gewalt einmal abgesehen, sind dies vielfach psychosomatische Erkrankungen wie Migräne, Schlafstörungen, Magen- und Verdauungsbeschwerden, Atemwegsbeschwerden sowie Herz- und Kreislaufprobleme. Die Liste ist endlos.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet Gewalt gegen Frauen als eines der größten Gesundheitsrisiken von Frauen weltweit. Es ist ein globales Gesundheitsrisiko mit manchmal lebenslangen körperlichen, seelischen und gesellschaftlichen Folgen.

Die Wissenschaftlerinnen dieser Studie schlussfolgern darüber hinaus, dass Unterstützungs- und Präventionssysteme dringend weiter ausgebaut werden müssen. Die UNICEF berichtet, dass Gewalt gegen Frauen mittlerweile die häufigste Form von Menschenrechtsverletzungen in der Welt ist.